

Von der Geflüchteten zur Kollegin

Zum Auftakt von Fredy Fässlers Jahr als Regierungspräsident hat in Kirchberg eine Diskussion über Toleranz stattgefunden.

Rita Bolt

«Danke Schweiz!», rief eine ukrainische Frau am Schluss der Podiumsdiskussion im Kirchberger «Toggenburgerhof» und streckte die Arme zum Himmel. In der Hand die Bibel. Sie sagte, dass sie und zwei ukrainische Kolleginnen in Jonschwil wohnten. Dass sie Deutsch lernten und beteten. Eine Frau aus dem Publikum sagte in der Fragerunde, dass die Ukrainer in der Schweiz vorzüglich behandelt würden. Warum beispielsweise die Syrer nicht?

Eine andere Frage eines Zuhörers zielte in die gleiche Richtung: Warum es denn mit Ukrainern einfacher sei, tolerant zu sein als mit anderen Flüchtlingen? Eine Frau – sie sagte, sie sei Coach – gab darauf eine Antwort: «Weil uns die Ukrainer ähnlich sind. Im Aussehen, in der Kultur, im Essen und vielem mehr.» Der Fragende entgegnete darauf: «Je fremder – desto schwieriger.»

Wie tolerant ist die Bevölkerung?

Claudia Nef, Geschäftsführerin des Trägervereins Integrationsprojekte St.Gallen (TISG), erinnerte an eine vergangene Veranstaltung im «Toggenburgerhof», als über die Aufnahme von weiteren 120 ukrainischen Kriegsflüchtlingen informiert wurde, die im Asylzentrum Rosenau in Kirchberg untergebracht werden. «Es herrschte keine kritische Stimmung – im Gegenteil.» Die Leute hätten sich in



Von links: Sara Pondini, Alina Tsyba, Fredy Fässler, Claudia Nef und Ulrich Schmid.

Bild: Rita Bolt

Listen für ihre Mithilfe eingetragen.

Es sei andere Geschichte, wenn ein Asylzentrum für dunkelhäutige Kriegsflüchtlinge eröffnet werde, so Nef. Da gebe es Voten: Die Bevölkerung habe Bedenken, dass der soziale Frieden gestört werde. Nef sagte, dass es bis heute im Zentrum Rosenau zu keinen nennenswerten Vorfällen gekommen sei. Ihre Meinung dazu äusserte auch die Ukrainerin Alina Tsyba, die als Dolmetscherin in St.Gallen arbeitet und am Podium teilnahm. «Alle sehen, dass wir um unser Land kämp-

fen.» Deshalb sei die Bevölkerung so tolerant. Regierungsrat Fredy Fässler nannte dies eine «emotionale Kriegsunterstützung». Er habe das Motto «Toleranz» schon vor dem unsäglichen Krieg für sein Jahr als Regierungspräsident gewählt, sagte Fässler. Für das Podium hatte Fässler auch Sara Pondini, Leiterin des Betriebs- und Sozialamtes in Ebnet-Kappel, sowie HSG-Osteuropaexperte Ulrich Schmid eingeladen. Fässler wollte von der Ukrainerin Tsyba wissen, wie sie die Schweiz erlebt. Die Dolmetscherin, die mit ihrer Mutter

kurz nach Ausbruch des Krieges in die Schweiz geflüchtet ist, sagte: «Die Schweiz bietet im Gegensatz zu Deutschland Qualität.» Ihre Mutter sei zwischenzeitlich wieder in die Ukraine zurückgekehrt, so Tsyba. Ob sie denn auch wieder zurückgehen wolle? Sie wisse es noch nicht. Zuerst wolle sie jetzt ihre Landsleute mit der Sprache unterstützen, antwortete sie.

Fässler fragte Pondini, was Ebnet-Kappel unternehme, wenn weitere 60 000 Flüchtlinge aus der Ukraine in die Schweiz kämen. Pondini sagte, dass jetzt vieles anders sei als

nach Kriegsausbruch im Februar, denn einiges sei aufgegleist, beispielsweise gebe es in Ebnet-Kappel einen Freiwilligenverein und viele Projekte mit Firmen. Ja, die Gemeinde müsste weiteren Wohnraum bereitstellen.

Stimmung könnte kippen

Fässler lobte die St.Galler Gemeinden: «Sie haben die Aufgabe mit wenigen Ausnahmen ausgezeichnet gelöst.» Er befürchte aber, dass die Stimmung kippe, wenn weitere ukrainische Flüchtlinge in die Schweiz kämen. Claudia Nef nickte zustim-

«Alle sehen, dass wir um unser Land kämpfen.»

Alina Tsyba
Dolmetscherin

mend und riet, wachsam zu sein. Osteuropaexperte Schmid sagte, dass der Bevölkerung immer wieder in Erinnerung gerufen werden müsse, wie privilegiert wir seien. Bevor Fässler das Podium eröffnete, sprach Schmid über die Hintergründe des Ukraine Konflikts. Fässler selber sagte am Schluss, dass Begegnungen mit Menschen, wenn man sie höre und sehe, hilfreich für Toleranz seien. Roman Habrik, Gemeindepräsident in Kirchberg, hatte in seinen Begrüssungsworten gesagt, dass Kirchberg wohl die toleranteste Gemeinde im Kanton sei.

St.Galler Spitäler sollen mehr Freiheiten erhalten

Die St.Galler Regierung will den Spitalern mehr unternehmerischen Spielraum geben – eine Entpolitisierung lehnt sie ab.

Regula Weik

Es werden immer weniger öffentliche Spitäler im Kanton St.Gallen, doch die verbleibenden stecken im Loch. Ihre Finanzlage ist prekär. Die Regierung will ihnen deshalb mit 163 Millionen Franken unter die Arme greifen. Es ist nicht die erste Finanzhilfe. Ob es die letzte ist? Die Regierung verspricht es. Was gibt ihr diese Hoffnung? Mit der Kapitalerhöhung sollen die Spitäler mehr Freiheit erhalten. Das tue Not.

Mehr Freiheit für die Spitäler – die bürgerlichen Fraktionen im Kantonsparlament dürften

erfreut auf diese Aussage der Regierung reagieren. In der Junisession hatten sie erneut mit mehreren Vorstössen Druck gemacht – nun hält die Regierung in ihren Antworten fest: «Der unternehmerische Spielraum der St.Galler Spitäler muss zwingend erhöht werden.»

Indirekt beantwortet – und doch deutlich

Nur so könnten sie sich inskünftig gegenüber der Konkurrenz auf dem Markt behaupten. Der Blick über die Kantonsgrenze zeige: Die Spital Thurgau AG oder das Kantonsspital Graubünden verfügten über deutlich

mehr Freiheiten – und erzielten bessere Unternehmensergebnisse.

Das St.Galler Kantonsparlament hat die Regierung schon länger beauftragt, die heutigen vier Spitalverbunde zusammenzulegen und dabei verschiedene Rechtsformen zu prüfen. Die Vorschläge der Regierung liegen noch nicht auf dem Tisch. Auch in ihren aktuellen Antworten lässt sie diese Frage offen. Doch sie betont: «Der unternehmerische Spielraum kann auch ohne privatrechtliche Struktur erhöht werden.»

Zu einer Entpolitisierung der St.Galler Spitäler – wie sie von

Bürgerlichen gefordert wird – äussert sie sich nicht direkt. Doch aus verschiedenen Formulierungen wird deutlich: Ganz so weit will sie nicht gehen. So hält sie unter anderem fest: Ob eine Entpolitisierung Auswirkungen auf die Qualität der Leistungserbringer habe, sei fraglich.

Neue Rechtsform oder Gesetz anpassen?

Sie sei noch nicht dazu gekommen, sich mit den Vor- und Nachteilen verschiedener Rechtsformen oder mit Eigentumsfragen auseinanderzusetzen, hält die Regierung weiter fest. Klar ist: Sollen die Spitäler

mehr unternehmerischen Spielraum erhalten, könnte die heutige Rechtsform der selbstständig öffentlich-rechtlichen Anstalt grundsätzlich beibehalten werden – allerdings: Das Gesetz über die Spitalverbunde müsste angepasst werden.

Sollen die St.Galler Spitäler gleich lange Spiesse wie ihre ausserkantonalen und privaten Mitbewerber erhalten, müssten etwa die Einschränkungen bei der Realisierung ambulanter Angebote ausserhalb der Spitalareale aufgehoben werden; die Nachbarkantone können solche Entscheide ohne Absprache mit der Politik treffen. Bei Erwerb

oder Vermietung von Immobilien redet in St.Gallen die Regierung mit; die Standorte der Spitäler und der Gesundheits- und Notfallzentren legt das Parlament fest; auch solche Vorbehalte müssten fallen. Die Regierung will daher neben verschiedenen Rechtsformen auch Gesetzesanpassungen prüfen.

Heute sind die öffentlichen Spitäler im Kanton in vier regionalen Spitalverbunden organisiert, je mit einer Geschäftsleitung und einer eigenen Rechnung. Die strategische Leitung hat ein gemeinsamer Verwaltungsrat, präsidiert von Felix Sennhauser.

ANZEIGE

Altgold verkaufen? Ja, aber richtig!

Fachmännische Beurteilung nach Tageskurs = optimaler Ertrag für Sie!

Gut seit 1927
Goldschmied und Uhrmacher

Aktionswoche vom
3. bis 10. September



Preisbeispiel bei Tageskurs CHF 52'000.–/kg:

999 Feingold	CHF 44.20/gr	Barauszahlung
999 Feingold	CHF 52.00/gr	als Gutschrift
750 Altgold	CHF 33.15/gr	Barauszahlung
750 Altgold	CHF 39.00/gr	als Gutschrift
585 Altgold	CHF 25.85/gr	Barauszahlung
585 Altgold	CHF 30.40/gr	als Gutschrift

Marktgasse 7, 9004 St.Gallen, Tel. 071 222 20 67

www.gut-goldschmied.ch